

Gemeinderat Heusweiler
29. Juni 2022

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten.

Herr Spaniol, Angestellter der Gemeinde Heusweiler als Erzieher in der Kita Kutzhof, möchte sich, stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen der Kitas in Lummerschied, Wahlschied, Holz und Heusweiler, zum Gemeinderatsbeschlusses vom 12.05.2022 zur Erweiterung der Kita-Öffnungszeiten von 6:00 bis 18:00 Uhr äußern. Dieser Beschluss sei mit großer, negativer Überraschung zur Kenntnis genommen worden und sorge das Kita-Personal. Viele Beschäftigte hätten ebenfalls Familien mit Kindern, die ihrerseits Einrichtungen, Schulen und Institutionen besuchen müssten. Bei der Umsetzung der neuen Öffnungszeiten werde es so sein, dass viele der Mitarbeiter kündigen müssen, da es familienorganisatorisch nicht mehr möglich sein werde, die eigenen Kinder in ihre Einrichtungen zu bringen bzw. sie wieder abzuholen. Diesem Beschluss sei eine Bedarfsabfrage vorausgegangen, mit dem Ergebnis, dass fast kein Bedarf bestanden habe, der die Änderung der Öffnungszeiten rechtfertige. Des Weiteren sei man schockiert, dass niemand auf das Personal zugekommen sei und Rahmenbedingungen abgefragt habe. Hinzu komme, dass sich das Kita-Personal am 12.05.2022 im Streik befunden habe, im Kampf für mehr Geld, Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Personalmangel, der so schnell nicht behoben werden könne, da ein Fachkräftemangel herrsche. Die Mitteilung über die Erweiterung der Kita-Öffnungszeiten, habe das Personal nicht über den Arbeitgeber erfahren, sondern über einen Facebookeintrag. Dies sei für das Kita-Personal wie ein Schlag ins Gesicht gewesen. Er hätte gerne von den Anwesenden erfahren, warum das Personal nicht mit eingebunden wurde. Da das benötigte Fachpersonal nicht auf Bäumen wachse, werde wohl auf ungelerntes Personal zurückgegriffen werden. Er übergibt ein Schreiben des Kita-Personals mit beiliegender Unterstützerliste an den Bürgermeister.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Spaniol und gibt die Frage an den Rat weiter, da die Verwaltung den Beschluss aus den genannten Gründen nicht unterstützt habe. Er werde auch die Unterstützerliste entsprechend weiterleiten. Bei der Wortmeldung von Frau Deutsch verweist er auf die Regularien der Einwohnerfragestunde.

Die Ratsmitglieder verständigen sich darauf, Frau Deutsch das Wort zu erteilen.

Frau Deutsch, Angestellte Kita Lummerschied, spricht die Situation der Kinder an und fragt, sofern das Angebot ausgenutzt würde, wer an die Kinder denke, wenn diese max. 12 Stunden lang die Einrichtung besuchen würden. Sie weist auf die Hauswirtschaftskräfte und Reinigungskräfte hin, die erst nach 18:00 Uhr arbeiten könnten und fragt, ob hierbei an Nachtzuschläge gedacht werde. Die Kinder würden wenigstens eine Mahlzeit mehr benötigen, was ebenfalls finanziert werden müsse. Zusätzlich müssten in den Einrichtungen Ruheräume zur Verfügung stehen. Dies sei beispielsweise in der Kita Lummerschied nicht der Fall.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Verbleib der Kinder nur im gesetzlichen Rahmen für maximal 10 Stunden möglich sei.

Herr Stefan Schmidt (SPD) findet es respektabel, dass das Kita-Personal heute in die Sitzung gekommen sei. Es handele sich hierbei um eine Abwägung, bei der natürlich den Interessen der Beschäftigten in den Einrichtungen Rechnung getragen werden müsse, aber auch dem erkennbaren Wunsch der Elternschaft, die Öffnungszeiten an die Lebensrealitäten der Menschen anzupassen. Als familienfreundliche Gemeinde wolle man attraktiv sein für Familien, die in Heusweiler leben wollen. Dies seien nicht nur Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, sondern das sei auch die alleinerziehende Krankenschwester, die sich vielleicht nicht aussuchen könne, wann sie Betreuung benötige. Beim Schritt zur Ausweitung der Betreuungszeiten habe man sich, auf Vorschlag der beiden großen Ratsfraktionen, auf eine Bürgerbefragung geeinigt. Hierbei wurden alle Eltern der Gemeinde Heusweiler, die Kinder von 0-5 Jahren haben, angeschrieben und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Das Ergebnis war, dass es einen Bedarf jenseits der Kernzeiten, zwischen 6:00 Uhr bis 7:00 Uhr und einen geringeren Bedarf zwischen 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr, gegeben habe. Ein solcher Schritt sei nur mit einer entsprechenden Nachpersonalisierung möglich. Mitte Juli werde ein Nachbesetzungsverfahren für die Kita in Holz durchgeführt. Die Verwaltung müsse ihm Recht geben, wenn er sage, dass die Bewerberlage etwas besser sei, als dies vorher der Fall war. Es seien mehr Bewerberinnen und Bewerber für die Betreuungsplätze vorhanden. Er weist darauf hin, dass die Einführung der neuen Betreuungszeiten nur Schritt für Schritt erfolge und stehe optional nur bei Neuanmeldungen zur Verfügung. Somit sei der derzeitige Bestand hiervon nicht berührt. Sollte das Angebot seitens der Eltern nicht wahrgenommen werden und kein Bedarf bestehen, müsse es nicht vorgehalten werden. Er verweist ebenfalls auf die gesetzliche Regelung, die eine max. Betreuungszeit von 10 Stunden vorsehe. D. h. es werde auch für das Personal entsprechend den Vorteil haben, dass er oder sie entsprechend früher anfangen oder länger bleiben könne. Die Belange des Personals würden sehr wohl im Rat berücksichtigt, was man an der Diskussion über die Gestaltung der Ferienzeiten sehe. Es wäre auch Aufgabe der pädagogischen Gesamtleitung gewesen, das Personal entsprechend über die Diskussion der verlängerten Öffnungszeiten zu konsultieren. Dies sei nicht Aufgabe des Rates. Zurückkommend zu den Ferienzeiten hält er fest, dass man eine Blockschließung habe. Auch hier sei die Diskussion geführt worden, dies aufzuweichen, um eine flexiblere Lösung herbeiführen zu können. Auf Anregung der SPD habe eine Abfrage beim Personal der Einrichtungen stattgefunden, die zum Fazit hatte, dass sich eine Mehrheit (nicht in allen Einrichtungen) für die Beibehaltung der Blockzeiten ausgesprochen habe. Das Interesse der Beschäftigten sei wichtig und richtig dies zu artikulieren, aber man müsse auch auf die Lebensrealität der Menschen Acht geben. Er glaube, das Problem entsprechendes Personal zu finden, werde sich lösen. Dies sei ein weiterer Schritt zur familienfreundlichen Kommune, weshalb die SPD weiterhin zu diesem Beschluss stehe.

Der Vorsitzende merkt an, es sei eine Hypothese, dies habe er auch in der Gemeinderatssitzung am 12.05.2022 geäußert, dass man, wenn keine Nachfrage bestehe, dies nicht umsetzen müsse. Wenn eine Nachpersonalisierung erfolgt sei, können diese Personal nicht mehr entlassen werden. Insofern sei es falsch dargestellt worden. Des Weiteren die Schuld der gesamtpädagogischen Leitung in die Schuhe zu schieben, halte er für den Oberhammer. Die Frage von Herrn Spaniol, warum die Verwaltung nicht die Gelegenheit hatte, das Personal zu informieren war, dass die SPD es vorher in Facebook gepostet habe. Auch habe die Befragung nicht beinhaltet, dass Frau Kunz das Personal nach deren Einverständnis befrage.

Herr Manfred Schmidt teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man diesen Beschluss nicht mitgetragen habe. Beim Nachlesen im Protokoll habe er gesehen, dass die zuvor vorgetragene Punkte in seiner Stellungnahme im Gemeinderat am 12.05.2022 enthalten waren. Seitens der CDU-Fraktion werde kein wirklicher Bedarf gesehen. Man sehe auch ein großes Risiko, bei der Nachpersonalisierung. Man bekomme kaum Fachpersonal für die Kitas der Gemeinde. Wenn

er bedenke, dass man für die Umsetzung in sämtlichen Kitas noch ein gehöriges Maß draufsatteln müsse, werde es nicht funktionieren. Die CDU habe diesem Ansinnen von Anfang an skeptisch gegenübergestanden.

Herr Hill spricht für die GLN-Fraktion, die den Beschluss mitgetragen habe. Man habe sich den Beschluss nicht leichtgemacht und diesen intern strittig diskutiert. Zunächst einmal müsse man davon ausgehen, dass die Gesellschaft davon geprägt worden sei, dass sie das letzte Mittel aus den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herauspresse. Das heißt, die familienunfreundliche Arbeitswelt, die unsere Gesellschaft prägt, bringe natürlich Dinge zum Vorschein, die letztendlich zu diesem Beschluss geführt haben. Heute sei es so, dass Arbeitnehmer rund um die Uhr arbeiten sollen, damit das Kapital die notwendigen Mittel zur Verfügung hat, um die entsprechenden Dividenden auszubezahlen. Dies bringe Dinge mit sich, die man als Gesellschaft, als Rat, mit ins Auge fassen müssen. Es ändere sich nicht dadurch, dass man den Kopf in den Sand stecke, sondern man müsse den Menschen, die der Ausbeutung zu Grunde liegen, natürlich auch Hilfe anbieten. Diese Hilfe biete man hiermit an. Dies sei der Grund, warum die GLN den Beschluss mitgetragen habe. Er bitte bei den politischen Entscheidungen in der Zukunft mit zu überlegen, wie man die Gesellschaft wieder dahin bringe, damit sie familienfreundlich sei und nicht kapitalfreundlich. Auch die Anwesenden gehörten zur Gesellschaft und würden mitentscheiden, wenn sie zur Entscheidung aufgerufen würden, wie es künftig im Land aussehe. Nicht der Rat, sondern die Anwesenden und die gesamte Bevölkerung. Dies sei der Grund, warum die GLN gesagt habe, dass sie den Beschluss mittragen werde. Hier wolle man denjenigen die Hand reichen, die dieses Problem haben und gerne dies nutzen möchten. Auch die GLN sei der Meinung, dass in Zukunft Kita-Plätze und Kindergartenplätze kostenlos sein sollten.

Der Vorsitzende merkt erneut an, dass die Regularien der Einwohnerfragestunde besagen, dass man eine Frage an den Rat oder die Verwaltung stellen könne. Ohne Einverständnis des Rates werde er eine Nachmeldung, weder bei Bürgern noch bei Mitarbeitern zulassen.

Der Rat signalisiert Zustimmung zu einer weiteren Wortmeldung von Herrn Spaniol.

Herr Spaniol glaubt nicht, dass sich das Personalproblem so leicht lösen lasse. Des Weiteren finde er es fragwürdig zu behaupten, dass es auch die alleinerziehende Krankenschwester gebe, die nicht im öffentlichen Dienst arbeite und das Angebot brauche. Das Personal im öffentlichen Dienst müsse aber das Angebot stellen. Dies passe nicht zusammen. Auch das Kita-Personal gehöre zur familienfreundlichen Kommune und trage seinen Teil dazu bei.

Der Vorsitzende teilt mit, seitens der Verwaltung habe man in der angesprochenen Sitzung deutlich auf die Problematik hingewiesen, dass die Personalsuche schwierig bis unmöglich sein werde. Die strukturelle Organisation innerhalb der Einrichtung werde zu massiven Problemen führen. Er könne an der Stelle nur hoffen, dass es nicht soweit komme, dass Mitarbeiter die Einrichtung verlassen werden, da man großen Wert auf das pädagogische Personal lege. Sollte kein Personal zur Nachpersonalisierung gefunden werden, könne der Beschluss nicht umgesetzt werden.

Herr Stefan Schmidt teilt mit, dass er auch im öffentlichen Dienst arbeite und erläutere seinen heutigen Tagesablauf als Vater und verdeutliche damit, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst auch mitten im Leben stattfinde. Er wolle für das Protokoll richtigstellen, dass er nicht die Schuld auf Frau Kunz abgeladen habe. Er habe geäußert, dass es Aufgabe der pädagogischen Gesamtleitung gewesen wäre, die Rückkopplung der Diskussion, die man in den Ausschüssen nichtöffentlich und im Gemeinderat öffentlich geführt habe, entsprechend in die Einrichtungen

hereinzutragen. Es sei nicht seine Aufgabe, Mitarbeitergespräche zu führen. Dies könne und wolle er nicht machen. Deshalb habe man eine pädagogische Gesamtleitung eingestellt. Dies wäre deren Aufgabe gewesen und dies hätte er gerne zur Richtigstellung im Protokoll.

Der Vorsitzenden hätte gerne gewusst, ob man es nicht gemacht hätte, wenn die Mitarbeiter „nein“ gesagt hätten. Er hält fest, dass Frau Kunz aus nichtöffentlicher Sitzung nicht berichten dürfe.

Der Vorsitzende schließt diesen Punkt ab und fragt, ob es noch Fragen zu anderen Themen gebe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 20:43 Uhr.